

**Sperrfrist: 29. November 2011, 10:30 Uhr**  
**Es gilt das gesprochene Wort**

## **Pressestatement**

**Anton F. Börner**

**Präsident des Bundesverbandes  
Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e. V. (BGA)**

**Trotzt der Außenhandel der europäischen Zerreißprobe?**

**Aktuelle Situation und Ausblick für den deutschen Außenhandel**

**Berlin, 29. November 2011, 10:30 Uhr  
Tagungszentrum im Haus der Bundespressekonferenz  
Schiffbauerdamm 40, 10117 Berlin**

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

stürmische Zeiten an den Finanzmärkten gehen derzeit mit bemerkenswert stabilen Fahrwassern bei der Realwirtschaft einher.

Der Außenhandel blickt auf ein hervorragendes Jahr 2011 zurück - mit vorsichtig optimistischen Erwartungen für 2012.

Über allem schwebt jedoch das Damoklesschwert der Schuldenkrise mit der stetigen Gefahr eines Überschwappens auf die Realwirtschaft über den Transmissionsriemen einer Kreditklemme.

Zunächst jedoch zur Entwicklung des Außenhandels. Man kann heute schon sagen: 2011 war zweifellos ein weiteres Boomjahr für den deutschen Export.

Im Gesamtjahr 2011 werden unsere Ausfuhren nominal um 12 Prozent auf 1075 Milliarden Euro steigen. Die Importe steigen mit plus 14 Prozent noch dynamischer als die Exporte und erreichen 919 Milliarden Euro. Per Saldo ergibt sich ein Außenhandelsüberschuss von 156 Milliarden Euro, nach 153 im Vorjahr.

Zum ersten Mal in der Geschichte haben wir die Marke von einer Billion Euro beim Export erreicht, an der wir im Boomjahr 2008 noch knapp gescheitert waren.

Eine besondere Dynamik weisen dabei die Exporte in die Länder außerhalb der EU auf: Sie können um 14 Prozent zulegen. Die Ausfuhren nach China steigen 2011 um knapp ein Viertel, jene nach Russland gar um circa 35 Prozent, und selbst in das krisengeschüttelte Japan verzeichnen wir wieder ein Plus von voraussichtlich 12 Prozent, ebenso wie bei den Ausfuhren in die USA.

Nicht weit dahinter rangieren allerdings die Ausfuhren in die Staaten der EU, die um immerhin 11 Prozent zulegen werden – und dies trotz der Effekte der Schuldenkrise! Zwar ist es zutreffend, dass die Ausfuhren in einige Länder aufgrund der Sparmaßnahmen und der krisenbedingten Investitions- und Konsumzurückhaltung rückläufig sind.

So sind unsere Exporte nach Griechenland jüngst um knapp 8 Prozent und jene nach Portugal um knapp 4 Prozent zurückgegangen. Tatsache ist aber auch, dass die Ausfuhren nach Nord- und Mitteleuropa weiter stabil wachsen. So können die Exporte nach Ungarn und Rumänien in diesem Jahr um knapp 20 Prozent steigen.

Der Welthandel wird 2011 um acht Prozent zulegen, Deutschland damit seinen derzeit bei 9,5 Prozent liegenden Anteil erneut leicht ausbauen können. Wir verteidigen damit abermals unser „angestammtes“ Stück des globalen Kuchens – eine bemerkenswerte Leistung angesichts des Auftretens immer neuer Wettbewerber, die technologisch immer mehr zu uns aufschließen.

Für 2012 rechne ich mit einem Zuwachs der Exporte um mindestens sechs Prozent auf 1139 Milliarden Euro, die Einfuhren werden um rund sieben Prozent auf 983 Milliarden Euro zulegen können. Der Außenbeitrag stagniert bei 156 Milliarden Euro auf hohem Niveau.

Die Gründe für die Abschwächung der Weltkonjunktur liegen auf der Hand: Die Aufholeffekte nach der Finanzkrise sind weltweit vorbei, die globale Nachfrage schaltet einen Gang zurück. Dennoch gehören wir nicht zu denen, die die Konjunktur schlechtreden.

Mit dem erwarteten Exportzuwachs liegen wir absolut im langjährigen Mittel. Insbesondere bei den mittelständischen Unternehmern ist die Stimmung für das nächste Jahr vorsichtig optimistisch – das gilt insbesondere für den Investitionsgüterbereich und tendenziell für unsere Exporte in den Dollarraum.

Nach unserer Einschätzung sind die Emerging Markets kaum von der Schuldenkrise belastet und investieren weiterhin kräftig in Zukunftstechnologien. Die globalen Megatrends sind intakt, die aufholenden Länder befinden sich im Wettlauf mit einer explodierenden Bevölkerungsentwicklung, welche massive Investitionen u.a. in Technologien zur Energie- und Ressourceneffizienz, in Verkehrs-, Bau- und Telekommunikationsinfrastruktur unabdingbar macht.

Dies betrifft nicht nur die BRIC-Staaten, sondern eben auch die „Wachstumsmärkte der zweiten Reihe“ wie Indonesien und Bangladesch, Saudi-Arabien und Kuwait in Asien, die rohstoffreichen Staaten Westafrikas ebenso wie Peru und Ecuador in Südamerika.

Hinzu kommt die Integration Russlands in den Weltmarkt durch den bevorstehenden WTO-Beitritt, von dem wir uns mittel- und langfristig Handelsvorteile mit der Übernahme des weltweiten Regelwerks erwarten.

Meine Damen und Herren,

die realwirtschaftlichen Aussichten sind somit nicht schlecht. Wenn uns jedoch die Staatsfinanzen in den europäischen Ländern entgleiten sollten, wären sämtliche Erwartungen Makulatur.

Daher ist es absolut entscheidend, dass die Regierungen im Euro-Raum die Spirale der Verunsicherung durchbrechen und überzeugende Schritte zur kurzfristigen Konsolidierung der Staatfinanzen unternehmen.

Dann können wir im nächsten Schritt darüber nachdenken, wie sich der institutionelle Rahmen der Währungsunion verbessern und weiterentwickeln lässt – zum Wohle ganz Europas und speziell auch Deutschlands, das als Land in der Mitte Europas eben auch am meisten davon profitiert.

Die Vorteile der Währungsunion für die deutsche Wirtschaft liegen auf der Hand und sind oft genug genannt worden: Sie reichen von entfallenen Kosten für Umtauschgebühren und

Kurssicherungsgeschäfte bis hin zur besseren Kalkulierbarkeit aufgrund ebenfalls entfallender Wechselkursschwankungen und damit zu einem echten Leistungswettbewerb um Qualität, in dem Deutschland immer öfter die Nase vorne hat. Auch das politische Gewicht Europas weltweit ist mit der wachsenden Bedeutung des Euro als internationale Anlagewährung gestiegen.

Dennoch bedeutet die Tatsache, dass wir vom Euro massiv profitieren, nicht, dass wir uns auf jeden politischen Kuhhandel einlassen dürfen, nur um die Gemeinschaftswährung zu retten. Wir kämpfen für den Euro, weil sein Scheitern einen massiven ökonomischen Preis kosten würde und unkalkulierbare politische Folgen hätte. Es bedeutet nicht weniger, als die Schleusen zu fluten zur Renationalisierung und Protektionismus. Am Ende steht die Balkanisierung und Marginalisierung Europas.

Was wir benötigen, und hier unterstütze ich die Politik der Bundeskanzlerin ganz klar, sind eindeutige politische Botschaften. Dies betrifft die deutsche Haltung gegenüber Italien ebenso wie gegenüber Frankreich und der Europäischen Kommission.

Insbesondere was Italien angeht sage ich klar und deutlich: Hart bleiben, Frau Merkel! Italien ist nun am Zug und muss liefern. Die italienische Regierung ist auf dem Holzweg, wenn sie darauf setzt, ohne harte Reformen zur Stärkung der heimischen Wettbewerbsfähigkeit davon zu kommen.

Italien hat nur sehr wenig Zeit, den durch die Installation der Regierung Monti gewonnenen Vertrauensvorschuss für Reformen zu nutzen.

Geschieht dies nicht, werden die Finanzmärkte Italien aus der Eurozone sprengen, mit der direkten Folge eines Angriffs auf Frankreich und der unweigerlichen Folge eines Zerbrechens der Eurozone.

Meine Damen und Herren,

ich halte es für das wichtigste, dass jedes Land sich das Vertrauen der Finanzmärkte - und das sind nicht irgendwelche anonymen, finsternen Mächte, sondern wir alle, Sparer, Rentner Inhaber einer Lebensversicherung - erhalten bzw. durch harte Reformen neu erkämpfen muss. Notfalls müssen die nationalen Parlamente ihre Budgethoheit abtreten, zumindest für den Fall, dass zuvor vereinbarte Regeln im Hinblick auf die Staatsdefizite und Staatsschulden nicht eingehalten werden. Wer Staatsdefizite und Staatsschulden nicht in

gemeinsam vereinbarten Grenzen hält, der muss unwiderruflich eine substantielle Einschränkung seiner Souveränität hinnehmen.

In diesem Zusammenhang müssen im Kreis der EU und der G20 immer wieder betont werden, dass Vorwürfe mit Blick auf unsere Leistungsbilanzüberschüsse, Deutschland habe sich in den vergangenen Jahren Vorteile auf Kosten seiner europäischen Nachbarn verschafft, absurd sind. Solche Überschüsse waren und sind kein Ziel deutscher Politik. Es gilt den europäischen Partnern zu vermitteln, dass es nicht um den deutschen Weg geht. Die marktwirtschaftlichen Gesetze gelten für alle Länder und sind nicht von Deutschland gemacht. Im Gegenteil ist Deutschland bereit, insbesondere die südeuropäischen Länder auf dem Weg zu mehr Wettbewerbsfähigkeit, auf dem wir schon ein Stück vorangegangen sind, zu begleiten – aus solidarischen wie auch aus ganz eigennützigen Gründen und mit viel Geld. Ebenso klar ist aber auch, dass wir Europa schwächen, wenn wir das Geld in ein Fass ohne Boden werfen. Das alte Europa ist nicht zukunftsfähig – und daher für Deutschland keine Option.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!